

## Vorwort

Wolfgang Tiefensee

Bundesminister für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung

Wir stehen im Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung in der Pflicht, uns der Geschichte unseres Verwaltungsapparates bewusst zu stellen und an der Aufarbeitung des dunkelsten Kapitels der deutschen Vergangenheit aktiv mitzuwirken.

Mich bewegt dabei besonders die Frage, wie es möglich war, inmitten einer modernen Kultur- und Industrienation den Holocaust als industrialisierten Massenmord an Millionen von Menschen kaltblütig zu planen und durchzuführen. Alle rationale Auseinandersetzung, alle wissenschaftliche Erkenntnis und auch die bittere Einsicht in die Banalität des Bösen können das Entsetzen nicht vermindern, das jeder führende Mensch verspüren muss, der sich mit diesem ungeheuerlichen Verbrechen und seiner Vorgeschichte auseinandersetzt. Dieses Verbrechen wurde eben nicht bloß im deutschen Namen, sondern von Deutschen verübt, die hierfür auf eine im Wesentlichen reibungslos funktionierende Bürokratie zurückgreifen konnten. Ohne die pflichtbewussten Schreibtischtäter in den Amtsstuben auch der Ministerien wäre das Morden in den Lagern nicht möglich gewesen.

Deshalb ist es nachvollziehbar, dass die Rolle des Reichsverkehrsministeriums in der Öffentlichkeit bislang vor allem mit Blick auf die von der Deutschen Reichsbahn durchgeführten Deportationen in die Konzentrations- und Vernichtungslager betrachtet wurde. Mit Recht hat Raul Hilberg die Reichsbahn als „unerlässliches Element in der Vernichtungsmaschinerie“ bezeichnet. Vor der eigentlichen „Endlösung“ stand jedoch die systematisch betriebene Verdrängung der jüdischen Bevölkerung aus dem öffentlichen Leben Deutschlands. Hieran hatte das Reichsverkehrsministerium ebenfalls maßgeblichen Anteil, etwa durch den diesem Buch den Titel gebenden Erlass des Reichsverkehrsministers zum „Verbot der Benutzung von Schlaf- und Speisewagen durch Juden“ vom Februar 1939.

Als wir Dr. Hermann Simon, den Direktor des Berliner Centrum Judaicum, um Unterstützung bei der vorliegenden Studie baten, wollten wir Aufschluss erhalten über die wichtigsten antijüdischen Maßnahmen, die vom Ministerium als einer der zentralen Instanzen innerhalb der Reichsregierung in den Jahren 1933–1945 eingeleitet und durchgesetzt wurden. Die von der Stiftung Neue Synagoge Berlin – Centrum Judaicum beauftragten Autoren Alfred Gottwaldt und Dr. Diana Schulle haben das Thema auf relativ knappem Raum erstaunlich umfassend abgehandelt. In nüchterner Sprache klären sie darüber auf, wie vergleichsweise einfach es war, eine eben nur scheinbar weitgehend politikferne Fachverwaltung wie das Reichsverkehrsministerium in den Dienst einer von Rassenwahn und Herrenmenschentum

geprägten Politik und eines akribisch geplanten und durchgeführten Massenmordes an Millionen von Menschen zu stellen. Diese Erkenntnis muss nachdenklich stimmen. Neben die Trauer um die Opfer tritt die Pflicht, die menschliche Würde als das kostbarste Gut unserer aufgeklärten Gesellschaft zu begreifen und sie als Staat, als Bürgerinnen und Bürger gegen alle Angriffe der Ewiggestrigen entschlossen zu verteidigen. Ohne diese Konsequenz müsste jedes Gedenken zu einer hohlen Floskel verkommen.